

# Correspondent

Er scheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Preis  
vierteljährlich eine Mark.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

XXXIV.

Leipzig, Donnerstag den 24. September 1896.

№ 112.

**Achtung!** Bestellungen auf das IV. Quartal  
des Corr. wolle man im Interesse  
geregelter Lieferung umgehend veranlassen. —  
Nachlieferungen finden nicht statt.

### Englischer Gewerkvereins-Kongress.

Der 29. Kongress der englischen Gewerkvereine, welcher vom 7. bis 12. September in Edinburgh stattfand, war durch 343 Delegierte besetzt und wurde — ein Beweis des Ansehens, dessen sich die englischen Gewerkvereine erfreuen — vom Oberbürgermeister von Edinburgh herzlich begrüßt. Die Berlesung des Berichts des parlamentarischen Komitees bildete neben den Bureauwahlen das Geschäft des ersten Tages. Das Komitee ist von dem verflochtenen internationalen Kongresse wie es scheint wenig erbaut gewesen. Angesichts der Verschiedenheit der Vertretung, der politischen Ansichten und der Sprachschwierigkeiten sei die Frage, ob der Kongress ein Erfolg oder ein Mißerfolg war, mindestens eine strittige. Ob es für die Gewerkvereine eine weise und kluge Politik sei, sich in Zukunft mit Kongressen dieser Art zu identifizieren, dies läßt das Komitee dahingestellt.

Am zweiten Tage verlas der Präsident Mallison eine Ansprache, die scharf den reinen Gewerkschaftsstandpunkt betonte: Gehen wir einzig zusammen, um das zu erreichen, was praktisch erreichbar ist; wenn das vollbracht ist, dann werden wir eine größere Einstimmigkeit in dem haben, was dann folgen soll. Hierauf folgte eine längere Debatte über den parlamentarischen Bericht, insofern sich derselbe auf den internationalen Kongress bezieht, die durch folgende zwei Anträge abgeschlossen wurde: Barnell-London beantragte, diejenigen Worte des Berichts, die den internationalen Kongress direkt oder indirekt mißbilligen, zu streichen, welcher Antrag mit 143 gegen 91 Stimmen abgelehnt wurde. Der zweite Antrag von Ben Aillet (Weder) verlangte, daß zukünftige internationale Kongresse nur aus Vertretern von Arbeiterorganisationen bestehen und daß sie nach Art der britischen Kongresse zusammengesetzt sein sollen. Dieser Antrag, welcher nur als Wunsch gelten kann, wurde mit 172 gegen 11 Stimmen angenommen. Hierauf wurde der Genossenschaftsbewegung (Cooperation) warme Sympathie ausgedrückt und Schritte in Aussicht genommen, beide Bewegungen in engere Verbindung zu bringen. Ein später zu erwähnender Antrag gab dem Wunsche speziellen Ausdruck. Die Vormittags-sitzung des zweiten Tages endete mit der Ausweisung eines Delegierten der schottischen Schneider, dessen Verein einem andern, sich im Streik befindlichen Gewerkvereine der Schneider in den Rücken gefallen, die Unternehmer mit Streikbrechern beauftragt hatte, und Annahme eines Antrages der Papiermüller und der schottischen Schriftsetzer, alle Berichterstatter der Presse auszuweisen, welche Setzungen vertreten, die nicht Gewerkeerlöshöhe zahlen und die Gewerkvereiner in ihren Offizinen nicht beschäftigten. Infolge dieses Antrages wurden später vier Berichterstatter ausgewiesen.

Am Nachmittage des zweiten Tages wurde nach längerer Debatte ein Antrag W. Thorne's, des Führers der Londoner Glasarbeiter, mit 211 gegen 34 Stimmen angenommen, folgendermaßen lautend: „In Anbetracht, daß der achtstündige Arbeitstag eines der wichtigsten vorläufigen Mittel zur Erreichung der endlichen Befreiung der arbeitenden Klassen ist, daß er die Paß der Arbeitslosen vermindern, die Qualität der Arbeit verbessern und die geistige und leibliche Gesundheit der Arbeiter stärken wird, erklärt der Kongress: Daß die Zeit gekommen ist, die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag in allen Gewerben und Beschäftigungen zu beschränken und das Parlamentarische Komitee zu beauftragen, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und im Parlament einzubringen.“ In der Debatte wurde das Amendement „acht Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche“ gestellt, aber abgelehnt, auch getadelt, daß man von der Verkürzung des Arbeitstages einerseits die Verminderung der Arbeitslosen erwarte, andererseits aber ver sichere, die Quantität der geleisteten Arbeit würde die gleiche bleiben. Das sei ein schwerer Fehler. Gegen die obige Resolution stimmten die Northumberlander und Durham Bergleute, die Robellschreiner und eine Anzahl

Schuhmacher. Ohne Debatte wurde eine Resolution, betreffend die Erweiterung des Haftpflichtgesetzes, angenommen. Desgl. eine solche, welche die Regierung auffordert, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Verschönerungs- und Friedensbruchsgesetzes, einzubringen. Eine Reihe von englischen Richtern hat in den letzten Jahren entschieden, daß ein streikender Arbeiter, der andere Arbeiter durch Ueberredung davon abhält, in der betreffenden Werkstätte zu arbeiten, dem Unternehmer für allen Schaden, der daraus entsteht, daß seine Werkstätte oder sein Werk stillsteht, ersatzpflichtig ist. Diese Entscheidungen haben den Gewerkvereinen schweres Geld und manchem Arbeiter, der nicht zahlen konnte und für den die großen Summen nicht aufgebracht werden konnten, Gefängnis eingebracht. Die weiteren Gegenstände der Beratung betrafen die Armengesetzgebung und die Ausdehnung der Arbeiterschutzesgesetzgebung. — Am Abend folgten die Delegierten einer Einladung des Oberbürgermeisters zu einer Soirée in der Halle des Museums für Kunst und Wissenschaft. Die B. V. Ztg., der wir im Auszuge unsere Mitteilungen über den Kongress entnommen haben, bemerkt hierzu: Alles in allem gab eine britische Behörde hier wieder einmal ein erfreuliches Beispiel, wie in diesem Lande die Arbeit geht und, wie ihre Bestrebungen und ihre Kämpfe anerkannt werden als natürlicher Bestandteil des modernen öffentlichen Lebens. Für den Festländer war es überraschend, zu beobachten, wie die Arbeiter diesen Akt nicht etwa als eine besondere Ehre, sondern als eine zum Kongresse gehörige Ceremonie betrachteten, deren Veranstaltung altherkömmlich ist und die sie als eine selbstverständliche Belohnung für ihre Versammlung in Anspruch zu nehmen gewohnt sind.

Am dritten Tage nahm man zunächst eine Resolution an, welche Diktien für die Parlamentsmitglieder verlangt. Ihr folgte eine solche zu Gunsten des Zusammengehens der Gewerkvereine mit der Genossenschaftsbewegung (Konsumvereine wie Produktivgenossenschaften), bei welcher Gelegenheit diejenigen Unternehmer, welche Arbeiter entließen, weil sie Genossenschaftler waren, öffentlich getadelt oder, wie es in England heißt, „zur Scham aufgerufen“ wurden. Alsdann wies man wieder einen Delegierten, der zu einer Streikbrecherzunft gehörte, aus. Mit großer Mehrheit wurde hiernach folgender Antrag von David Holmes, Führer der Weber, angenommen: „Es ist von äußerster Wichtigkeit für die Gewerkvereiner, daß alles Land soweit als eben möglich unter Kultur gebracht und daß eine gerechtere städtische Besteuerung eingeführt werde. Um das zu erreichen, muß die Frage der Besteuerung der Bodenwerte und der Grundrente zu einer Hauptfrage bei den nächsten Wahlen gemacht werden.“ Den Schluß der Vormittags-sitzung füllten die Reden der amerikanischen Delegierten Sullivan, Generalsekretär der Labour Union, Straffer, Delegierter der amerikanischen Pflanzarbeiter, und v. Elm, Vertreter der deutschen Generalkommission der Gewerkschaften, welche über das Gewerkschaftswesen in den betreffenden Ländern Bericht erstatteten.

Die Nachmittags-sitzung füllte folgender Antrag aus, der mit 172 gegen 47 Stimmen angenommen wurde: „Der Kongress ist der Ansicht, daß es zur Aufrechterhaltung der britischen Industrie durchaus notwendig ist, den Grund und Boden, die Bergwerke, Mineralien, Berggerechtigkeiten (royalties), Wegeerläufungen und Eisenbahnen zu verstaatlichen, und alles Wasser, künstliches Licht und alle Trambahnen zu kommunalisieren. Das parlamentarische Komitee wird beauftragt, einen dahingehenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und alsbald einzubringen.“ Eine weitergehende Resolution, die im wesentlichen den Inhalt einer solchen des vorjährigen Kongresses in Norwisch hatte (Verstaatlichung des Landes, der Produktions-, Verteilungs- und Austauschmittels), war zurückgezogen worden. Bei dieser Gelegenheit stellte der Präsident fest, daß die Beschlüsse des einen Kongresses, hier des vorjährigen, den andern (diesjährigen) nichts angehen und ließ daher die Einleitung zum obigen Antrage, welche die Vernichtung der Norwischer Resolution verlangte, nicht zur Debatte zu. Es ist somit ganz in die Hand des parlamentarischen Komitees gelegt, ob es die Kongressbeschlüsse ausführen will oder nicht. Dem nächsten Kongresse geht das, wie der Präsident bemerkte, nichts an.

Am vierten Tage wurde das Erziehungswesen behandelt und ein Antrag der Buchbinder angenommen, der das parlamentarische Komitee beauftragt, dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zu widmen und diejenigen Schritte zu ergreifen, die ihm angemessen erscheinen. Das Ziel der Erziehung müsse sein, die Kinder zu befähigen, würdige Bürger eines genossenschaftlichen Gemeinwesens zu werden. Alsdann wurde das parlamentarische Komitee beauftragt, die Regierung zur Einbringung des vor den letzten Wahlen versprochenen Gesetzes, betreffend die Altersversicherung, zu drängen. Der Vorschlag, den Kongress künftig vierzehn Tage statt einer Woche tagen zu lassen, wurde abgelehnt, ebenso ein Vorschlag, einen Fonds für politische Wahlen zu gründen, aus welchem die Wahlkosten für solche Kandidaten bestritten werden sollen, die lediglich Gewerkvereinskandidaten sind und die sich weder den Tories noch den Liberalen anschließen. Die Ablehnung erfolgte mit 136 gegen 62 Stimmen. Ein Antrag auf Reform des Beamtenrats der Regierung und der Methode der von ihm veranstalteten Enquêtes wurde einstimmig angenommen, ferner ein Antrag, der sofortige und allgemeine Amneistie für alle politischen Verbrecher und ferner ein sofortiges Wieder- aufnahmeverfahren in Sachen der 1892 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilten Dynamitarbeiter Gates, Charles und Bartolo verlangte, dieser mit 88 gegen 52 Stimmen. Ein Antrag auf Abänderung des Libellgesetzes wurde einstimmig angenommen. Der Antragsteller und einige andere Redner beklagten es lebhaft, daß man in England zwar alles gegen die Regierung und gegen die Königin, aber nichts gegen bestimmte Privatpersonen, insbesondere gegen bestimmte Ausbeuterfirmen sagen dürfe, ohne zu Strafe und Schadenersatz verurteilt zu werden. Verschiedene weiter angenommene Anträge sind ohne allgemeines Interesse. Ein Antrag auf Ermächtigung des parlamentarischen Komitees zur Erhebung von Zuschüssen, wenn die festgesetzten Beiträge nicht ausreichen, wurde abgelehnt.

Der fünfte Tag begann mit auswärtiger Politik. Der Kongress, als direkter Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Großbritanniens, sprach seinen tiefsten Abscheu über die Greuelthaten in Konstantinopel und Armenien aus und appellierte an alle Regierungen Europas, eine Wiederkehr solcher zu verhindern. Danach wurden die Gewerkvereine aufgefordert, zu einem internationalen Gewerkvereinskongresse, der von Samuel Compers, dem Vorsitzenden der amerikanischen Arbeiter-Federation, per Telegramm angeregt war und für das Jahr 1898 in Aussicht genommen ist, Stellung zu nehmen und dem nächstjährigen Kongresse, der in Birmingham stattfinden soll, Bericht zu erstatten. Endlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen, welche die Regierungen aller Länder ersucht, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die sich der freien Ausdehnung und Thätigkeit der Gewerkvereine in den Gesetzgebungen entgegenstellen. Zur Tagesordnung übergehend beschloß der Kongress, die Regierung wiederholt zu ersuchen, der sogenannten Fair-wages-Resolution, die vom Parlament angenommen ist, Kraft zu geben. Diese Resolution verlangt, daß in alle Regierungsverträge die Klausel aufgenommen werde, daß die Unternehmer ihren Arbeitern die festgesetzten Gewerkvereins-Löhne zahlen müssen. Eine Resolution, welche die Arbeit von Kindern unter 15 Jahren und die Nachtarbeit aller Personen unter 18 Jahren verboten wissen wollte, wurde leider, nahezu mit Stimmengleichheit, abgelehnt, dagegen eine solche angenommen, welche für weibliche Diensthöten die Beschränkung der Arbeitszeit auf 70 Stunden pro Woche verlangt. Hierauf wurde das parlamentarische Komitee gewählt.

Der sechste Tag war in der Hauptsache Formalitäten gewidmet wie der erste.

### Drunter und drüber

muß alles im Verbanne gehen, so lauteten die Worte des geistigen Leiters der Opposition, die er an seinen Genossenschaftsgenossen Hoffmann richtete, als die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung beendet waren und mit diesen die große Mehrheit der Mitglieder sich zu seinem Ungunsten entschieden hatte. Und obgleich dieser Mann



vor dem Forum in Halle erklärte, obiges nur im Unmüde hingeworfen zu haben, sehen wir ihn jetzt im Bunde mit seinen Betreibern bei der Arbeit, seine Worte in Taten umzusetzen. Fast erweist es den Anschein, daß jetzt alles drunter und drüber geht und die Ideale des ehemaligen Corr.-Redakteurs verwirklicht werden — aber es scheint nur so.

Als vor der Generalversammlung im Corr. Artikel auf Artikel gegen die Tarifgemeinschaft erschien, als eine Versammlung nach der andern Resolutionen im gleichen Sinn annahm, als fast die gesamte Arbeiterpresse mit gewaltigem Tam-Tam für die „Klassenbewußten“ unter den Buchdruckern in die Schranken trat, da schenkte es auch einen Augenblick, als wäre die Opposition in großer Mehrheit. Aber nur einen Augenblick. Als die deutsche Gehilfenschaft durch ihre Vertreter in Halle ihr Verbleib abgab, da sah die Sache mit einem Male ganz anders aus: die Tarifgemeinschaft wurde mit Zweidrittelmehrheit gutgeheißen und die Resolutionen des Herrn G. einstimmig verurteilt.

So ähnlich sieht die Situation jetzt wieder aus. Ueberall finden Protestversammlungen gegen den Ausschluß G. und Genossen statt; die Opposition arbeitet mit Hochdruck; Stimm-Ableiten brüllen jede gegnerische Meinung nieder und wenn man nicht in den erwähnten Vorgängen vor der Halle'schen Generalversammlung ein Analogon besähe, so könnte man zu der Vermutung gelangen, daß die gesamte deutsche Kollegenschaft das Verfahren ihres Zentralvorstandes mißbilligt und den Zeitpunkt kaum erwarten kann, wo Herr G. sein statutenwidriges Treiben als Verbandsmitglied forssetzt. Dem ist jedoch nicht so. Die meisten Kollegen wissen, wie schwer es dem Vorstande geworden, von seinem letzten Mittel gegenüber rentierten Mitgliedern Gebrauch zu machen. Wie oft hat nicht der Hauptvorstand einen vom Gau verfügten Ausschluß aufgehoben und um des lieben Friedens willen Gnade für Recht ergehen lassen. Nur außergewöhnliche Umstände konnten ihn zu seinen jetzigen Maßnahmen veranlassen.

Ungewöhnlich war die Art des Kampfes seitens des Führers der Opposition vor der Generalversammlung, geradezu bemitleidenswert seine Haltung während und nach derselben, für sein jetziges Handeln seit mir das passende Wort.

Mit dem Erscheinen der B. W., die in ihrem Programm verspricht, die gefassten Beschlüsse der Generalversammlung zu bekämpfen und dadurch illusorisch zu machen, war es Pflicht, die Gründer des Unternehmens aus unseren Reihen zu entfernen, zumal bei stillem Gehärgenlassen weitere dem Verbands schädigende Schritte seitens der Herren sicher gefolgt wären.

Die Opponenten der Tarifgemeinschaft unterstützen im reichsten Maße ihren Herrn und Weisler in seinem eblen Thun. Man drängt an den verschiedenen Orten die Gaudovorstände förmlich zu harten Maßregeln, um deren Unzulässigkeit nachzuweisen; durch Einbindung von Artikeln an den Corr., von denen man vorweg weiß, daß sie ihres unsäuglichen Tones oder ähnlichem wegen abgelehnt werden müssen, sucht man die Redaktion in den Verdacht zu bringen, sie unterbreite die freie Meinungsäußerung, kurz, kein Mittel ist diesen Leuten zu schlecht, wenn es gilt, gegen die Mehrheit der deutschen Kollegen zu agieren.

Gründe für den Ausschluß läßt man von der Seite überhaupt nicht gelten, im Gegenteil klammert man sich an jede Kleinigkeit, die dem Verhalten der Gaud. und Konfanten auch nur einen Schein des Rechtes geben könnte. Ein Redner in der Berliner Protestversammlung verglich in lösslicher Naivität die jetzigen Untertreue des Herrn G. und Anfang mit dem Umstande, daß ja eine frühere Generalversammlung ein Obligatorium auf den Corr. abgelehnt hätte und trotzdem in Kollegenkreisen danach sorgfältig für ein solches agitiert worden wäre. Dieser unglückliche Vergleich entlockte selbst dem allerdümmsten Anhänger der Opposition, der zufällig neben mir saß, ein Lächeln. Hier ein Beschuß, der, von allergrößter Wichtigkeit für die deutschen Buchdruckergehilfen, Abgabe und sonstige Arbeitsbedingungen für bestimmte Zeit kontraktlich festlegt, hier die glänzende Ehrenrettung des Verbandsvorsitzenden und die einstimmige Verurteilung des Verleumbers, und dort — das iberale Streben, das Verbandsorgan allen zugänglich zu machen, wird allseitig anerkannt, der Antrag, das Obligatorium einzuführen, muß aber aus praktischen Gründen (Expedition usw.) abgelehnt werden. Gefschlafen, Freund!

Da möchte ich dem Herrn mit dem kindlichen Vergleiche die Sache einmal anders vortführen. Geseht den Fall, die Konferenz in Halle hätte den entgegengesetzten Beschuß gefaßt und die Tarifgemeinschaft abgelehnt; sie wäre alsdann in der Folgezeit in eine Bewegung eingetreten. Die Minderheit, welche den friedlichen Weg zur jetzigen Zeit für den richtigen hielt, hätte sich geweiert, mitzutun; was hätte dann wohl der Vorstand, in diesem Falle Herr G., mit diesen Mitgliedern gemacht? Einfach ausgeschlossen und mit Recht! — Nun haben die Anhänger der Tarifgemeinschaft den Sieg davon getragen und wenn auch die geistige Stimmung, die in der Opposition sich kundgibt, nicht unterdrückt werden kann und soll, so darf ein systematisches Entgegenarbeiten gegen gefasste Beschlüsse nicht gestattet werden, wenn wir nicht anarchischen Zuständen entgegenzutreiben wollen. Die Generalversammlung ist der Ausdruck der Gesamt-Kollegenschaft Deutschlands und eine Schmach ist und bleibt es, wie gerade von denjenigen, die sonst uns immer

glauben machen wollen, sie wären allein die rechten Demokraten, gegen den Willen der Mehrheit gearbeitet wird. Gegen die Mehrheit, ohne die man doch nichts, rein gar nichts unternehmen kann. Vor einem Streit der Konditionlosen zittern die Prinzipale nicht und die Genossen in den Parteibruderen, die eifrigen Schürer des Streites, haben es nicht nötig für ihre Ueberzeugung Opfer zu bringen, denen ist alles von vornherein bewilligt.

Es sollte doch der Gefolgschaft des Herrn G. recht bald die Einsicht kommen, daß bei den jetzigen Streitigkeiten nur wir selbst in corpore die Geschädigten sind und die Prinzipalität der lachende Dritte bei der Geschäfte ist. Noch gibt es im Punkte Tarifeinführung viel zu thun. Wenn sonst das Wohl des Vereins am Herzen liegt, der findet auch unter dem Zeichen der Tarifgemeinschaft ein großes Feld zur Thätigkeit. Wir wollen uns nicht gegenseitig zerfetzen zum Gaudium Dritter, sondern vereint handeln auf dem Boden der gefassten Beschlüsse. Lehrt die Zeit und Erfahrung uns, daß die Ansichten, die wir begreifen, irrig waren, so werden wir, hätten wir es vordem mit einer einsichtsvollen Minderheit zu thun, nicht zögern, uns der kommenden Mehrheit unterzuordnen und dann von Recht wegen! Berlin. Albert Wagner.

## Korrespondenzen.

\* Berlin. Der große Reorganisor der deutschen Buchdrucker Gaud. ist in tausend Ängsten, weil es ihm trotz seiner verweirtesten Bekämpfung der „Reaktion“ nicht gelungen ist, das Zeugnis eines wahren Genossen von einem für ihn maßgebenden Organe zu erhalten. Er trat daher den Kanossagang an, um der Redaktion dieses Organs sein Wirken im Dienste der Partei persönlich vor Augen zu führen. Dem „großen Kämpfer“ winkte jedoch kein einladendes Willkommen entgegen, er fand gebührende Würdigung, indem der betreffende Redakteur, welchem der Besuch zugebracht war, es ablehnte, sich allein mit ihm zu unterhalten, eine Vorfrist, die diesem Genossen gegenüber sehr geboten erscheint, ist doch eines seiner bestbeisteten Kampfmittel die „Wiedergabe“ von Privatgesprächen. In Gegenwart verlässlicher Zeugen fand dann die Unterhaltung statt, welche wenig erfreuliche Momente für den Kanossagänger gebracht haben soll; gebührende Würdigung soll namentlich sein „einnehmendes Wesen“ gefunden haben, welches er mit den Begriffen von Anstand in Einklang zu bringen vermochte, vom Verbands bis Oktober das Gehalt einzufaden, während dieser Zeit ein Gegenorgan zu gründen und außerdem für sich noch den Wettlauf im Lanbe herumgehen zu lassen. Etwas gerötetes Angesicht verließ der Bisher die Stätte, wo er eine andre Würdigung erwartet hatte. Dem Kanossagange folgte dann eine öffentliche scheinliche Bitte Gaud's, ihn doch als Genossen anzuerkennen, er habe doch die Verbandsleitung stets so schön verächtigt, daß ihm dafür schon für andere kleine Sünden Verzeihung zu teil werden könnte. — Der große Reorganisor merkt bereits, daß sein Kartenhaus zusammenbricht, sobald die Parteipresse ihre schützende Hand von ihm zieht.

\* Chemnitz. (Zur Urabstimmung.) Von 56 Mitgliedern aus Jwidau und Weidau wurde infolge des Ausschusses des „Wacht“-Komitees resp. des Kollegen Jrmischer in Jwidau ein außerordentlicher Gantag beantragt. Ein Kollege aus dem Gau sprach im Corr. die Hoffnung aus, daß sich 30 Mitglieder finden würden, die eine Urabstimmung über obigen Antrag herbeiführen und damit denselben zu Wasser machen. Hierüber gerieten unsere Oppositionslustigen in Jwidau wieder in Aufregung. Sie erlassen ein Flugblatt, in welchem begreiflich gemacht werden soll, daß der Gaudovorstand diesen beantragten Gantag laut Statut abhalten „muß“, während dann erst die Beschlüsse des betreffenden Gantages einer Urabstimmung unterworfen werden können. Ob dies die richtige Auslegung des betreffenden § 14 des Statuts ist, das dürfte denn doch sehr fraglich sein. „Es wäre auch logisch unsatzbar und mit dem demokratischen Prinzip, auf welchem unsere ganze Organisation beruht, streng in Widerspruch stehend, wenn der Wille von 50 Mitgliedern dem von 30 sich beugen müßte“, so schreiben die „Beauftragten“ von Jwidau. Sollte es wirklich dem demokratischen Prinzip widersprechen, wenn über eine größere Ausgabe aus der Gantasse, von deren Zwecklosigkeit wohl die meisten Kollegen des Gaus überzeugt sind, die sämtlichen Mitglieder des Gaus (nicht 30!) befragt werden? Wenn der Gantag abgehalten wird, welchen Zweck hätte er? Nach verabschiedeten Liebeswürdigkeiten, die man sich dort jedenfalls gegenseitig an den Kopf wirft, würde eine Resolution gegen oder gegen den Ausschluß angenommen und der Ausschluß würde bestehen, selbst wenn dessen Zurücknahme mit einigen Stimmen Mehrheit gefordert würde. Die Urabstimmung ist übrigens nun von etwa 80 Kollegen beantragt und dürfte demnächst stattfinden. Mögen denn unsere Mitglieder entscheiden, ob sie gewillt sind, unsere Gantasse um etwa 300 Mk. lechter zu machen, und dabei berückichtigen, daß dieselbe noch andere Verpflichtungen, z. B. Konditionslosenzuschuß usw., hat und wir sonach alle Ursache haben, nicht auf deren Schwächung für einen nutzlosen Zweck hinzuarbeiten. Die in der „Wacht“ zu Tage tretenden persönlichen Gehässigkeiten sind jedenfalls nicht dazu angethan, das Wohl des Verbandes zu fördern und die Schöpfer derselben waren sich der daraus entstehenden Konsequenzen jedenfalls bewußt. Da ein außerordent-

licher Gantag an der Sache nichts ändern kann, so empfiehlt es sich jedenfalls, die Kosten zu ersparen und gegen denselben zu stimmen.

\* Grimnitzhausen, 19. September. Heute abend fand hier selbst eine von 16 Mitgliedern besuchte Versammlung statt, welche in der bekannten Ausschlußangelegenheit ihrer Meinung durch folgenden einstimmig angenommenen Beschuß Ausdruck gab: Die Versammlung erkennt den vom Zentralvorstand angeordneten Ausschluß der an der Herausgabe der B. W. beteiligten Kollegen als zu Recht bestehend an und verlangt nur eine Zurücknahme, falls die Betreffenden von einer fernern Beteiligung an diesem Unternehmen absehen.

—st. Erzgebirge-Vogtland. In einem Flugblatt wenden sich einige Jwidauer Kollegen an die Mitglieder unseres Gaus, um, entgegengesetzt der Korrespondenz „Erzgebirge-Vogtland“ in Nr. 108 des Corr., Stimmung für Abhaltung des Gantages zu machen. Schreiber angeregter Korrespondenz, welcher nicht, wie vermutet wird, dem Gaudovorstande „sehr nahe steht“, wollte durchaus nicht, wie ihm untergeschoben wird, eine künstliche Auslegung des Statutreglements vornehmen, so daß 30 über 50 Mitglieder erhoben sein sollten, sondern nur auf den billigen Waa, die Urabstimmung, hinweisen. Und nur durch die Urabstimmung kommt das demokratische Prinzip zur richtigen Geltung, weil hier Zweidrittel-Mehrheit erforderlich ist, demnach nicht mehr 30 die 50, sondern zwei Drittel das eine Drittel majorisiert. Wundern muß ich mich, daß jetzt von den Jwidauer Kollegen in dem Passus unserer Reglements: „Außerdem können 30 Mitglieder einen Antrag der Urabstimmung überweisen“, eine nach dem Gantage folgende Instanz erblickt wird. Vor einigen Monaten protestierten dieselben Mitglieder in einer Versammlung gegen eine von der Mitgliedschaft Chemnitz beantragte Urabstimmung, weil diese einen Gantagsbeschuß illusorisch machen könnte! — Nun, über den weitem Inhalt des Flugblattes gehe ich hinweg, noch statthafter, daß durch das in obiger Korrespondenz Gesagte nicht die Mitglieder in Jwidau zu mißkreditieren gesucht wurden, sondern nur der Wahrheit zu ihrem Rechte verholfen wurde. — Wenn in einer Ausschlußangelegenheit schon Gantage tagen sollen, wo dieser gar nicht maßgebend sind, so hätten wir unter Umständen bald die Kasse leer und wären auf demselben Standpunkte wie zuvor.

r. Heidenheim a. d. Brenz. Wenn von uns die Spalten des Corr. von Zeit zu Zeit in Anspruch genommen werden müssen, so ist es selten etwas Erfreuliches, was von hier berichtet werden kann; so auch heute nicht. Immer und immer sind wir gezwungen, in kurzen Zwischenpausen im amtlichen Teil unserer Verbandsorgane bekannt zu geben, daß sich die Kollegen bei Konditionsangeboten von hier beim Vertrauensmann erkundigen sollen, um sich vor Schaden zu bewahren. Das ist kein gutes Zeugnis von einer Stadt von 10000 Einwohnern, in der nur zwei Druckereien in Betracht kommen: das Heidenheimer Tageblatt, Besitzer Herr Härlen, und der Brenzboten (Amtsblatt), Besitzer Herr Fritz Rees. In ersterem Blatte sind sämtliche Gehilfen, dagegen in der Brenzboten-druckerei vor 6 Gehilfen nur 4 Mitglieder. Unseren Bestrebungen stehen die zwei Nichtmitglieder sympathisch gegenüber und sind gewillt, bei unserm demnächstigen Vorgehen auch ihren Mann zu stellen, um sich alsdann als Mitglieder ausnehmen zu lassen und zwar trotz des Neberseß, den sie beim Eintritt ins Geschäft unterschreiben mußten: daß sie während der Zeit, in der sie in der Rees'schen Druckerei beschäftigt werden, dem Verbands nicht beitreten und während dieser Zeit überhaupt die Bestrebungen des Verbandes nicht fördern helfen dürfen, andernfalls ihre Entlassung eintritt. Mit dieser Zurüchtmacher glaubte Herr Rees, einen Stamm heran zu ziehen, der in kritischer Zeit von großer Bedeutung für sein Geschäft sei. Doch wird er sich darin bitter geäuscht finden. Wenn noch Kollegen in dem Wahne leben, den Verband als überflüssig oder doch als nicht notwendig halten zu dürfen, dann mögen sie nur auf einige Wochen Stellung in obengenannter Druckerei nehmen — alsdann wird jeder von seinem Leiden geheilt sein. Ein Lob wollen wir Herrn Rees nicht vorerhalten, nämlich, daß er der beste Agitator für unsern Verband ist, denn wenn solche Arznei, die dieser Herr verschreibt, nicht helfend wirkt, dann hilft alles nichts mehr. Eine kleine Blumenlese von Heidenarten, mit denen Herr Rees sein Personal täglich abwechselnd traktiert, gäbe jede Woche einen schönen Strauß. Wenn wir anführen, daß der Prinzipal vor versammeltem Personale dem Faktor ausdrücklich verbietet, die Gehilfen per „Herr“ anzureden, oder den Gehilfen, sich gegenüber dieses Prädikat in Anwendung zu bringen, wo der Altersunterschied sich zwischen 10 Jahren bemegt, vom Prinzipale gar nicht zu reden, wenn ferner „lumpige“ oder „liederliche Gesellschaft“, „scheren Sie sich zum Teufel“, „die ganze Gesellschaft schmeißt sie noch hinaus“ und sonstige hier nicht wiederzugebende Ausdrücke, wie sie noch zu den Schmiedeleuten gehören, ohne nennenswerten Grund den Gehilfen an den Kopf geworfen werden, so genügt das wohl, um die „anständige Behandlung“, deren sich das Personal zu „erfreuen“ hat, ins Licht zu stellen. — In letzter Versammlung wurde nur beschlossen, nächsten Samstag behufs Geltendmachung unserer Forderungen dieselben Herrn Rees brieflich zu unterbreiten mit dem Hinweis darauf, daß Herr Buchdruckerbesitzer Härlen, sein einziger in Betracht zu ziehender Konkurrent, seinem



Personale die Zusicherung gegeben habe, sofort den neuen Tarif einzuführen, sobald die Reesche Druckeret dies thue. Als Samstag den 12. September war Antwort verlangt. Da uns eine solche nicht zuzuging, so versammelten sich die Kollegen am gleichen Abend im Vereinslokal (Festenteller), um zu beraten, was nun in dieser Angelegenheit weiter zu thun sei. Nach lebhafter Debatte beschloß die von sämtlichen, sich am Orte befindlichen Mitgliedern und Nichtmitgliedern besuchte Versammlung einstimmig, Samstag den 19. September, abends, bei Auszahlung des Lohnes die Forderungen persönlich zu erneuern und bei Ablehnung derselben die Kündigung einzurufen.

**S-g. Hildesheim, 20. September.** In der gestrigen Mitgliederversammlung wurde folgende Resolution angenommen: „Die ordentliche Mitgliederversammlung des Ortsvereins Hildesheim protestiert ganz energisch gegen das statutenwidrige Vorgehen des Zentralvorstandes gegenüber den Herausgebern und Verlegern der B. W. und fordert denselben auf, da die Mitglieder nicht gewillt sind, ihre freie Willensmeinung durch den Vorstand einschränken zu lassen, die betreffenden Ausschüsse rückgängig zu machen.“ — Die Resolution wurde bei 35 anwesenden Mitgliedern mit 32 Stimmen angenommen; 2 Mitglieder stimmten dagegen, 1 Mitglied enthielt sich der Abstimmung.

**-in- Landslut, 20. September.** Die in letzter Sonnabendnummer des Corr. enthaltene Notiz über die in jüngster Versammlung des Ortsvereins gefassten Beschlüsse nötigt zu einer Klarlegung bzw. Richtigstellung. Vorausgeschickt ist, daß genannte Mitgliedschaft zur Zeit 27 Mitglieder zählt, in der betreffenden Versammlung jedoch nur 15 Mitglieder anwesend waren. Eine im Verlaufe der Versammlung eingeleitete Resolution, welche die disziplinarischen Maßnahmen des Zentralvorstandes mißbilligt und Buzridnahme des gegen mehrere Tarifgemeinschaftsopponenten angewendeten Ausschlußverfahrens, mit Ausnahme des ehemaligen Corr.-Redakteurs Gsch, verlangt, gelangte nicht, wie erwähnte Notiz besagt, „nahezu einstimmig“, sondern nur mit ganz geringer „Mehrheit“ zur Annahme. Von den 15 anwesenden Mitgliedern hatten nämlich schon vor der Abstimmung 3 das Versammlungslokal verlassen und von den übrigen stimmten außerdem noch 3 Mann gegen die Resolution.

**\* Leipzig.** Herr Schmitz stellte an einen Maschinenmeister der Firma Radell & Hille in Leipzig (Corr.-Druckeret) das Ansinnen, ihm von jeder Nummer des Corr. (sodort nach dem Umbruch) einen Abzug zuzuführen; es sollten dem Drucker die Marken zur Franchierung der einzelnen Sendungen zur Verfügung gestellt werden. Herr Kressin hatte dann noch den Wunsch, von der Mitgliederliste des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellschaften die alljährlich in genannter Offizin gedruckt wird, durch denselben Maschinenmeister einmal ein Exemplar zu erhalten. Der betr. Maschinenmeister ließ die in ihrem Verlangen ziemlich dreifachen Herren gebührend abfallen und in der Erkenntnis, an eine falsche Adresse gekommen zu sein, wandten sie enttäuscht dem pflichtbewußten Drucker den Rücken. Auf solcher Grundlage soll also der Verband „reorganisiert“, sollen nach Beseitigung der jetzt amtierenden zuverlässigen Kollegen die Vereinstypisten diesen in den einfachsten Rechtsbegriffen unklaren Personen anvertraut werden? Das wäre eine seltsame Acquisitio für unsern Verein. Jedenfalls werden aber nach Bekanntwerden solcher Streiche manchem Kollegen, der sich heute noch blindlings diesen Herren anvertraut, die Augen über die „Brauchbarkeit“ dieser Zukunftsführer ordentlich geöffnet.

**L. München, 6. September.** Die am 29. August im Vereinslokal abgehaltene Mitgliederversammlung war erfreulicherweise recht gut besucht; doch kann man allmählich auch hier in München, gerade so wie anderwärts, die unliebsame Wahrnehmung machen, daß in Versammlungen, in denen doch naturgemäß über das wirtschaftliche Wohl und Wehe unser aller beraten werden soll, die Kollegen ihre abweichenden Meinungen mit den unaufrichtesten Mitteln zur Geltung zu bringen suchen. — Der Vorsitzende Kollege Schramm gedachte nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung in ehrenden Worten zweier kürzlich verstorbenen Mitglieder, zu deren Anbenken sich die Anwesenden von den Seiten erhoben. Sodann kamen 21 Anfragegesuche zur Verlesung, von denen 16 ohne Widerspruch blieben; zwei Ausnahmen wurden zurückgestellt, eine unter Vorbehalt vollzogen und zwei abhänglich beschieden. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Verlesung der Resolutionsliste und eventueller Ausschluß der Gewohnheitsresistanten, weist der Vorsitzende auf das neuerdings wiederum ins Auge gefasste Resistentenunwesen hin und macht die Mitglieder nochmals auf die eventuellen Folgen der Nichtbeachtung der statutarischen Bestimmungen aufmerksam. — Unter Punkt 3, Vereinstmittlungen, teilt der Vorsitzende zunächst mit, daß nach Uebereinkommen mit dem Wirte des Vereinslokales jeden zweiten Samstag im Monat das Lokal zu Versammlungen frei sei und daß demgemäß die Versammlungen in den angegebenen Zwischenräumen stattfinden würden. Auch sei jetzt eine Statistik, betr. die Verhältnisse in unserm Gewerbe in Bayern, in Arbeit; durch dieselbe werde man ein genaues Bild von der Einführung des neuen Tarifs in Bayern und speziell in München erhalten. Ferner beipricht der Vorsitzende die schier unhaltbaren Verhältnisse in der hiesigen Buchdruckerherberge. Der Verwalter, Herr

Böllsch, habe kürzlich behufs Abstellung dieser Mißstände Rücksprache mit dem Besitzer der hiesigen Zentralherberge genommen und empfehle dieselbe nach eingehender Besichtigung auf das Angelegentlichste; der Wirt selbst wolle eventuell schriftlich die Erklärung abgeben, daß die organisierten Buchdrucker auf alle Fälle berücksichtigt würden. Eine der nächsten Versammlungen soll sich eingehender mit dieser Sache befassen. — Punkt 4, Gehaltsregulierung des Gauverwalters, rief eine längere und ziemlich lebhafte Debatte hervor und wurde eingeleitet durch eine vom Vorsitzenden verlesene Statistik über die Gehaltsverhältnisse der Verwalter der Gaue Berlin, Leipzig, Dresden, Hamburg usw. Der Vorsitzende meinte, daß die Arbeit des Verwalters am Ort und im Gau eine fortwährend steigende sei und daß gerade der Gau Bayern im Verhältnisse zu den übrigen Gauen mit den meisten Mitgliedern zu rechnen habe. Es lagen zu dieser Angelegenheit zwei Anträge vor: der eine verlangt die Einsetzung einer Kommission von fünf Mitgliedern, welche im Einvernehmen mit Gau- und Ortsvorstand der nächsten Versammlung Vorschläge machen soll, der andre, vom Kollegen Hofmann gestellte, will den Gehalt des Verwalters nicht über 1800 Mark normiert und von einer besonderen Kommission abgesehen wissen. Letzterer wird mit 68 gegen 39 Stimmen angenommen. — Nummer 5 schritt man zur Aufstellung von Kandidaten zur Gauvorstandswahl. Der Vorsitzende berührte zunächst die in dieser Angelegenheit am 20. August zusammengetretene Vertrauensmännerversammlung und verlas sodann einen eingegangenen Antrag des Kollegen Wendel: „In Anbetracht der jetzt durchzuführenden Tarifeinführung hält es die Vertrauensmännerversammlung nicht für thunlich, Vorschläge für einen neuen Gauvorstand der Versammlung zu unterbreiten. Sie ersucht die Versammlung, den jetzigen Gauvorstand mit der Führung der Geschäfte weiter zu betrauen, da demselben, insbesondere dem ersten Vorsitzenden, auf dem letzten Gautage die vollste Anerkennung zu teil wurde.“ Gauvorsteher Kollege Setz präziserte seinen Standpunkt in Sachen der Wiederannahme. Er selbst sei in manchen Punkten ganz anderer Meinung als der Zentralvorstand und dieser Zustand sei für ihn auf die Dauer unhaltbar. Nach seiner Meinung mache sich gegenwärtig im Verband eine reaktionäre Strömung namentlich seitens der leitenden Vorstandspersonen bemerkbar, in welches Fahrwasser er nicht mit hineinsteuern wolle. Diesen Ausführungen tritt Kollege Ketzhäuser unter großer Unruhe entgegen, während Kollege Schramm Setz in Bezug auf die Konsequenzen der Tarifgemeinschaft interpellierte. Dieser bemerkt, daß er stets ein Freund der Tarifgemeinschaft gewesen sei, nur in der jetzigen Fassung gefalle sie ihm nicht; dies bewiesen seine Briefe an Böllsch, die ihm mitunter nicht gerade schmeichelhafte Antworten eingetragen hätten. (Erneute Unruhe und Hektik.) Redner kommt dann auf die neuerdings vom Zentralvorstande verfassten Ausschreibungen von Mitgliedern zu sprechen und wundert sich, wie derselbe dazu komme, da doch der Ausschluß eines Mitgliedes Sache des betreffenden Gauvorstandes sei. Die Ausschüsse seien statutenwidrig. (Beifall.) Ein reaktionäres Treiben sei schon dies, daß Spaltenweise Artikel für die Tarifgemeinschaft im Corr. aufgenommen würden, während Artikel, deren Spitze sich gegen die Tarifgemeinschaft richte, stets unberücksichtigt blieben resp. deren Aufnahme abgelehnt würde. (Dieser mit „erneutem Beifall“ aufgenommenen Äußerungen entnehmen jeder Begründung.) Die nun folgende Debatte spitzte sich berart zu, und der Tumult war ein so großer, daß die Versammlung um 12 Uhr resultatlos auseinander ging. — Um die Gauvorstandswahl nicht hinauszuschieben, wurde für den ersten September eine außerordentliche Versammlung berufen. Nach Eröffnung der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Anwesenden, während der Beratungen die nötige Ruhe und Objektivität zu bewahren und es wurden denn auch nach ruhiger und sachlicher Debatte folgende Kollegen als Kandidaten für den Gauvorstand nominiert: Jos. Setz als erster Vorsitzender, Bernh. Altermann und Wilh. Kitzinger als zweite Vorsitzende, L. Böllsch als Verwalter, Franz Glöckner und Benno Buz als Schriftführer, Viktor Ernst, Gottfried Kehl, Josef Gerzbeck, Josef Stefan und Philipp Wahler als Beisitzer. Damit wäre die Tagesordnung erledigt gewesen, wenn nicht inzwischen Kollege Köppen einen Antrag eingebracht hätte, der gegen den Ausschluß von Gsch und Genossen protestiert. Eine äußerst erregte Debatte endete mit der Annahme eines Antrags des Kollegen Ortmann, welcher es der Versammlung anheimstellte, im Interesse des Friedens von der Behandlung dieser Angelegenheit abzusehen, eventuell die Seprehnung über den Köppenschen Antrag der am 12. September stattfindenden Vereinsversammlung zu überweisen. Die Versammlung wählte das letztere. Nach einem kurzen Schlusssprache des Vorsitzenden, in welchem derselbe nochmals seinem Wunsche, daß eine jede Versammlung in derselben musterhaften Ruhe und Ordnung verlaufen möge, Ausdruck gab, schloß derselbe um 11 Uhr die Versammlung.

**△ Offenbach a. M.** Die am 12. September abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der hiesigen Tarifeinführung. Der Bezirksvorstand hatte keine Mühe gekostet, dem neuen Tarif auch hier Eingang zu verschaffen. Da das erste an die Prinzipale gehende Skriptular nur einige Antworten zeitigte, so wurde ein zweites notwendig, um die noch ausstehenden Antworten zu be-

kommen. Es können nun die Druckereten von S. Dobany (Zettlung), J. P. Strauß, Jacobi & Münch, C. Ulrich (Abendblatt) und E. Bommert (General Anzeiger) als tarifstreu bezeichnet werden. Was die allgemeine Lage anbetrifft, so sind noch in verschiedenen Druckereten große Uebelstände zu beseitigen. Es könnte mancher schöne Erlebens aufgedeckt werden, aber wir wollen warten, bis der geeignete Zeitpunkt dazu gekommen sein wird. Als Unikum mag hervorgehoben werden, daß wir sogar eine Druckeret in unseren Mauern haben, in welcher die Herren Kollegen trotz der Nichtführung des neuen Tarifs sehr zufrieden sind! Schließlich seien alle Kollegen, welche etwa von hier Offerten erhalten und gewünscht sein sollten, nach hier zu kommen, auf die Vereinstypisten vom Offenbacher Bezirksvorstand aufmerksam gemacht!

**Weißenfels, 21. September.** In Nr. 108 des Corr. befindet sich ein aus Zeit datierter Artikel, welcher sich mit der Einführung des Tarifs im Bezirke Weißenfels beschäftigt. In diesem Artikel wird u. a. behauptet, daß auch in Weißenfels (dieser „Hochburg des Guttenberg-Bundes“) von einer Einführung des Tarifs nichts zu verspüren sei. Hierauf schiebt sich der Unterzeichnete veranlaßt, zu entgegnen, daß der Tarif seit dem 1. Juli in der hiesigen Druckeret (17 Gehilfen), „der Perle des Saalgaues“, wie man jenes Geschäft in früheren Jahren so gern zu bezeichnen beliebte, bis zum Türpfeldchen über dem i eingeführt ist, ja man ist seitens der Geschäftsführung noch insofern weiter gegangen, als ein zehnprozentiger Solalzuschlag freiwillig, ohne jedes Zutun von Gehilfen, bewilligt wurde. Zum Schluß möchte ich noch der schon mehrmals im Corr. ausgestellten Behauptung entgegen treten, daß in der hiesigen Buchdruckeret ein Zwang zum Beitritt in den Guttenberg-Bund ausgeübt werde, und führe zum Beweise hierfür an, daß weder der Unterzeichnete noch mehrere andere Kollegen jenes Geschäfts genannter Vereinigung angehören. Hermann Teifert.

## Rundschau.

Die ungarischen Kollegen werden in einem Eingekandt aus Leipzig, das in dem dortigen Kampforgan abgedruckt ist, wie folgt über die Entstehung der deutschen Opposition „aufgeklärt“: „Kollege Gsch unterlag, weil die Vorstandskamarilla stärker war und die Majorität ergatterte, da Leute auf die Generalversammlung kamen, die, blind, feig oder mit dem Zentralvorstand unter einer Decke liegend, Gsch wegräumen mußten, damit dieser (der Zentralvorstand) seine Pläne durchzuführen könne. Gsch hat vor dem Konflicte seinen Gegnern die bonnettesten Friedensbedingungen angeboten: das war Latit. Antwort darauf: Anstalten, Gsch durch den Gauvorstandsapparat hinterzück zu beseitigen. Gsch hat erklärt, sich gern zu fügen, wenn über die Tarifgemeinschaft auch nur nach ihrer Schaffung diskutiert werden dürfte: das war Disziplin. Antwort: das gibts nicht, der Watt ist unantastbar! (sic!) Dazu hatten weder Vorstand noch Gehilfenvertreter ein Recht, denselben einzugehen: das war disziplinlos, ihn zu schleifen.“ Mehr kann man süßlich in der Rede derer der Thatfachen nicht leisten!

In einer Versammlung der Buchbinder-Znnung in Berlin führen sich die „Kleinen“ und die „Großen“ in die Haare. Die letzteren sind den Forderungen der Gehilfen nicht abgeneigt, weshalb die ersteren ein großes Lamento über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter anstimmten. Es bleibt ihnen ja der Trost, die „glänzenden Verhältnisse“ der Arbeiter sich ebenfalls zu eignen zu machen, sie brauchen nur in die Reihen der Gehilfen zurückzutreten.

Die englischen Arbeiterführer sind auch aus Oldenburg ausgewiesen worden. Es ist charakteristisch, daß man in einer Zeit, wo sich das Kapital mehr als je international vereinigt, die Reden von ein paar ausländischen Arbeiterführern für so staatsgefährlich hält, daß man letztere auf Schritt und Tritt verfolgt. Das die internationale Verbindung der Arbeiter durch solche Verfolgung keinen Schaden leidet, das liegt doch auf der Hand — aber wozu dann solcher Bärm?

### Arbeiterbewegung.

Groben Unzuf soll der Redakteur der Thüringer Tribüne dadurch verübt haben, weil er der Nachricht von einer Sperre beifügte, die betreffenden Kollegen würden nun wissen was sie zu thun hätten; kostet 50 Mk. Die gleiche Summe hat die Breslauer Volkswacht zu zahlen, weil sie in Rücksicht auf den Leipziger Tischlerstreik um Fernhaltung des Zuguges ersuchte. (Siehe hierüber das Urteil des Landgerichtes Schweidnitz in Nr. 110 des Corr.)

In Dresden sind von den 120 Metallschlägern, welche am 18. April in den Streik traten, noch 34 ausständig, während 42 anderweit Arbeit gesucht, 25 abgereift und 19 abgefallen sind.

Die Steinseher in Hamburg befinden sich seit 15 Wochen in Differenzen mit ihren Unternehmern. Eine an sich unbedeutende Forderung gab den letzteren Veranlassung zu verzeigten Maßregelungen, so daß die Zahl der Ausgesperrten nach und nach auf 100 stieg. Es wurde nun, um diesem Treiben ein Ende zu machen, der Generalstreik beschlossen.

In Wien stellten 16 jugendliche Hilfsarbeiter einer Tapetenfabrik die Arbeit ein, weil sie für 3 fl. 60 Stunden wöchentlich arbeiten mußten, für alltägliche Ueberstunden nur 6 kr. belamen und bei der geringsten Veranlassung körperlich mißhandelt wurden. Sie verlangen nun 4 fl.



pro Woche, 8 Kr. für die Ueberstunde, die geselligen Ruhepausen und Abschaffung der Prügelei.  
 In Berlin haben die Buchbinder bei Volgt & Sohn die Arbeit eingestellt. Der Streik bei Lüderig & Bauer dauert fort. Dagegen wurden die Forderungen bei Riesenstahl, Bump & Co., der größten Geschäftsbücherfabrik, bewilligt. In Frankfurt a. M. legten die Schneider des größten Herren-Schnebergeschäfts wegen Lohnunterschieden die Arbeit nieder. In Leipzig ist in einigen Buchbindereien die Arbeit eingestellt worden; von Belang ist dies für die Bewegung nicht, da die größeren Firmen bereits bewilligt haben. In einer Vorstandsversammlung ebendort selbst stellten mehrere Richter die Arbeit ein wegen Lohnminderung. In Magdeburg streiken auf einem Neubau 9 Maurer und 5 Hilfsarbeiter wegen Maßregelung (Inzwischen erledigt), in München in der Kunstanstalt von Obpacher wegen Maßregelung Buchbinder und Präger.

**Geforben.**

In Calw der Buchdruckereibesitzer Karl Eginhard, 52 Jahre alt — Herzschlag.  
 In Leipzig am 15. September der Sezer Anton Viktor Bentler, 40 Jahr alt.  
 In Rosenheim am 15. September der Buchdruckereibesitzer J. B. Kappel, 55 Jahre alt.

**Briefkasten.**

A. L. in München: Brief vom 6. September hier nicht eingegangen. — H. D. in Hamburg: Ihre Karte traf zu spät ein.

**Verbandsnachrichten.**

**Erzgebirge-Vogtland.** Auf Antrag von 83 Mitgliedern aus Plauen, Chemnitz, Greiz und Frankenberg findet laut § 14 des Statutes eine Urabstimmung über den von 56 Mitgliedern gestellten Antrag auf Abhaltung eines außerordentlichen Congresses statt. Die Abstimmung hat am 28. September zu erfolgen und sind die Stimmzettel bis 1. Oktober an C. W. Stoy einzusenden.

zusenden. Der für 11. Oktober einberufene außerordentliche Congreß ist hiermit vertagt.

Den verehrlichen Mitgliedern von Juidau hiermit zur Kenntnis, daß durch Paul Frischer eingesandte Beiträge vom Gaullasserer nicht angenommen werden. Um Reste zu vermeiden, verweisen wir auf unsere Bekanntmachung in Nr. 107 des Corr.

**Der Gauborstand.**

**Bezirk Offenbach a. M.** Bei der Konstituierung unseres Bezirksvereins wurden nachstehende Kollegen in den Vorstand gewählt: Arthur Schneider, erster Vorsitzender; Heinrich Stein, zweiter Vorsitzender; L. Wäger, Schriftführer; Karl Rodenbach, Kassierer; Rudolph Krause, Beisitzer. Briefe usw. sind an den ersten Vorsitzenden, Oberstadl bei Frankfurt a. M., Frankfurterstraße 229, Gelder an den Kassierer, Offenbach a. M., Frankfurterstraße 64, zu richten.

Bei etwaigen Konditionsanerbieten aus Offenbach ist vorher spezielle Erkundigung einzuholen.

**Frankfurt a. M.** Dem Drucker Nikolus Böller aus Bierheim zur Nachricht, daß sein Buch an den Unterzeichneten zurückgekommen ist. Böller erhielt eine Bescheinigung, daß er Verbandsmitglied ist; sollte derselbe verstorben, auf diese Unterstufung zu erheben, so werden die Herren Verbandsfunktionäre um Abnahme derselben ersucht. — Der Gesetzer Gustav Seipp, welcher ohne Buch von hier abreiste, wird um Einlösung desselben ersucht. — Die nachverzeichneten Mitglieder werden aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen bei C. Reus, Kesslerstraße 4, IV, zu melden, widrigenfalls nach dem Statut verfahren werden muß: Paul Albrecht, Karl Feder, Theodor Berg, Karl Vog, Heinrich Röbel, Paul Wolf und Ferd. Meier.

**Gogen i. B.** Der Sezer Fritz Riesefer aus Ehrenbreitstein wird hiermit aufgefordert, innerhalb 14 Tagen seinen hiesigen Verpflichtungen beim Kassierer August Ringel, Hochstraße 5, nachzukommen, andernfalls der Ausschluss erfolgt.

**Natibor (Ob.-Schl.).** Kollege Bartocha wird ersucht, seine Adresse an Wlth. Nawrath nach Hienzburg einzusenden. — Ferner wird Kollege Baruba gebeten, seine Adresse an S. Origel nach Bremen einzusenden.  
**Sollingen.** In der Genossenschafts-Buchdruckerei ist ein Konflikt ausgebrochen, Anfragen an Karl Börmer, Schulstraße 15a.

**Zur Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die betreffige Adresse zu senden):

In Billingen der Sezer Eugen Buri, geb. in Billingen 1877, ausgl. das. 1895. — In Kehl a. Rh. der Sezer Albert Baumgärtner, geb. in Dorf Kehl 1877, ausgl. in Kehl a. Rh. 1896. — In Schopfhelm der Sezer Fritz Matt, geb. in Sallned 1877, ausgl. in Schopfhelm 1896; waren noch nicht Mitglieder. — R. Goldschagg in Freiburg i. Br., Nägelestr. 22.

**Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.**

**Freiburg i. Br.** Dem Sezer Jakob Kieß aus Dietenhäusen wurde bei seiner Adresse von Karlsruhe vergessen die Hauptb.-Nr. einzutragen, weshalb ihm nachträglich in Freiburg fälschlich die Nr. 19467 eingetragen wurde. Dessen richtige Nummer ist 31558. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre werden ersucht, die Nummer richtig zu stellen.

**Landwischhausen a. Rh.** Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, dem (nichtbezugsberechtigten) Sezer Albert Wagenblat (849 Würtemberg) das Mitgliedsbuch abzunehmen und an Fr. W. Wenzel, Schulstr. 9, einzusenden. Wagenblat ist event. auf den Beschwerdeweg zu verweisen.

**Lübeck.** Für den Sezer Alfred Witte liegt ein Brief im hiesigen Verkehr.

**Meißen.** Der Buchdruckerbetrieb befindet sich nicht mehr Rosengasse, sondern Gerbergasse 18, bei Herrn Schanze. Die reisenden Kollegen werden gebeten, sich dorthin zu wenden.

Dreispartige Zeile 25 Pf., Stellen-Angebote, Gesuche und Vereins-Anzeigen bei direkter Zusendung 10 Pf.

**Anzeigen.**

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarkte zur Weiterbeförderung beizufügen.

**Buchdruckerei mit Blattverlag**  
 sofort zu verkaufen. Event. kann sich auch ein strebsamer, junger Mann mit Kapital beteiligen. Offerten unter V. 225 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Eine kleine Buchdruckerei im Reg.-Bez. Potsdam kann ein tüchtiger Schweizerdegen, der 3000 Mk. anzahlen kann, für 7500 Mk. erwerben. Offerten unter Z. A. 219 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Eine vollständig eingerichtete

**Buchdruckerei**  
 mit Dampftrieb und Zeitungsverlag, unter sehr alter Firma in einer Provinzialhauptstadt bestehend, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres durch Rechtsanwalt Herber in Danzig. [215]

Erfahrener, tüchtiger [221]

**Buchdrucker**  
 sucht in ein N. Geschäft mit Blatt einzutreten, welches er früher oder später auf eigene Rechnung übernehmen kann. Off. erbittet G. Born, Altona, Königsstr. 258.

Suche einen tüchtigen Schweizerdegen für eine Cylindertretmaschine. Offerten mit Lohnforderung erbittet Altmann, Beelitz (Mark). [218]

Suche für meine Galvanoplastik einen geübten Präger, welcher auch mit dem Abbeden der Matrizen vertraut sein muß. [214]

Antritt kann am 5. Oktober erfolgen.  
 Schriftföherer C. F. Mühl, Leipzig.

**Tüchtige Stempelschneider**  
 finden bei hohem Lohne dauernde Stellung. Es wird nur auf selbständige Arbeiter reflektiert.  
 B. Georal, Offenbach. [166]

**Tüchtiger Stempelschneider**  
 und Graveur, der auch in Feing eingearbeitet ist, sowie ein tüchtiger Galvanoplastiker finden gegen gute Bezahlung dauernde Kondition. Nur auf selbständige, erste Kräfte wird reflektiert. Off. sind zu richten an die Erste Ungar. Schriftföhererei-Altkien-Gesellschaft. Budapest, VI, Deseffyngasse 32.

**Junger, tüchtiger Accidenzseher**  
 militärfrei, befähigt, kleinere Lokalberichte zu schreiben, und in allen Gattungen bewandert, sucht bis zum 5. Oktober dauernde Kondition. Werte Offerten erb. G. Näther, Stolpen i. S. [217]

**Ein korrekter, tüchtiger Seher**  
 (21 Jahre) in allen Gattungen bewandert, sucht Stellung. Werte Off. unter M. T. 230 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Gelernter Schriftföher**  
 Engländer, der deutschen und spanischen Sprache vollkommen mächtig, sucht Stellung. Angebote erbeten an  
 Thos. Mitton, 69, Rumpfod St. 212] Manchester (Engl.).

Ein tüchtiger  
**Zeitungs-, Werk- und Inseratenseher**  
 (B.-M.) sucht zum 5. oder 12. Oktober angenehme Kondition. Off. u. G. B. 209 an die Geschäftsst. d. Bl.

**Junger Sezer**  
 im Accidenz-, Werk- und Zeitungsfache bewandert, sucht sofort dauernde Kondition. Werte Offerten unter K. Z. postlagernd 8, Stuttgart erb. [208]

**Werkseher**  
 (fremdsprachl.), auch im Tabellen- und leichten Accidenz-fach erfahren, tüchtiger Korrektor, sucht möglichst sofort angenehme, dauernde Kondition. Werte Adressen unter R. H. postlagernd Berlin S, Postamt 42. [216]

**Junger, intelligenter Schriftföher**  
 im Zeitungs-, Werk-, Inseraten- und Accidenz-fache tüchtig, sucht per 28. September resp. 5. Oktober dauernde event. Ausbillskondition. Offerten erb. an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A. B. C. 222.

**Vier junge tüchtige Seher**  
 im Annoncen-, Werk- und Zeitungs-, sowie auch leichtern Accidenz-fache routiniert, suchen zum 12. Oktober event. auch später möglichst dauernde Kondition. Werte Off. unter H. M. an Herrn Pagenhardt, Merseburg, Obere Burgstraße 2. [226]

**Augsburg.**  
 Sonntag den 27. September, vorm. 10 Uhr: **Generalversammlung des Unterstützungsvereins der Buchdrucker (Vollaffen) im Café Vertur.** Tagesordnung: 1. Kasfenbericht pro 1. Semester 1896; 2. Vereinsmitteilungen. **Der Ausschuss.** [229]

**Leipzig.** Den hiesigen Maschinenmeistern diene nochmals zur Nachricht, daß die Kollegen von den Dffizinen, in welche der Kasfenbote nicht kommt, ihre wöchentliche Steuer an Kollegen Kallisch, Seeburgstraße, abzuführen haben. Dasselbe können auch die Lieferseherne in Empfang genommen werden. [231]  
**Kommission der Drucker u. Maschinenmeister Leipzigs.**

**Darmstadt.** Samstag den 26. September, abends 9 1/2 Uhr, im Vereinslokale: **Mitgliederversammlung.** D. B. [220]

**Gelsenkirchen.** Samstag, 26. Septbr., abds. 9 Uhr. **Mitgliederversammlung.**

**Lübeck.** Sonnabend den 26. September, abends 9 Uhr: **Monatsversammlung.** L. D.: Mitteilungen. Bibliothekangelegenheiten usw. **Der Vorstand.**

Nach der Versammlung: **Verantwortung der aus-rangierten Bücher.** D. O. [224]

**Offenbach a. M.** Samstag den 26. d. M. im Vereinslokale: **Versammlung.** **Der Vorstand.** [162]

**Zypographia**  
 Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftföher.  
 Sonnabend den 10. Oktober, abends 9 Uhr, in Cobus Festhale:

**Feier des 17. Stiftungsfestes.**  
 Eintritt für Gäste: Herren 75 Pf., Damen 25 Pf.  
 Die Mitglieder werden ersucht, die Einlaßkarten rechtzeitig in der Gesangsstunde abzuholen. [228]

**Klopffholz - Gutenberg**  
 Leipzig  
 Sonnabend den 26. September 1896:

**Rekrutenaussehenken**  
 im Vereinslokale von Bentler. Erscheinen aller zum Militär ausgehobenen sowie aller anderen Mitglieder erwünscht. Für allerlei Kurzwort ist gesorgt. D. B. [223]  
 Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme von nah und fern, welche uns beim plötzlichen Hinscheiden meines guten Vaters, unserm Vaters und Schwagers, des Schriftföheren Johann Friedr. Fern. Weber, der im Alter von 37 Jahren starb, zu teil geworden, seien wir hierdurch unsern besten Dank. Insbesondere seien wir den Kollegen der Firma G. Wötter nebst den anderen Leipziger Kollegen für die ehrenvolle Begleitung mit Fahne zur letzten Ruhestätte.  
 Leipzig, Paunsdorf, 18. September 1896. [232]  
 Frau verw. Marie Weber nebst Kindern.

**Richard Härtel, Leipzig-N.**  
 Buchhandlung, Antiquariat, Kleinhandlung für Buch- und Bindwerk (Webers Complotten). Bestellungen direkt erbeten.  
 Gedruckt Reichendruck für wönernde Arbeiter. Welt Globenbahn und zwei Orientierungskarten. Ueber 200000 Touren in Deutschland, Österreich-Ungarn, Schweiz, Frankreich, Italien und Holland. 1,50 Mt.  
 Preise und Einzelheiten, von Franz Hieschmann. 40 Pf.